

Die EU als Friedenprojekt

Nach dem zweiten Welt Krieg am 9. Mai 1950 Schläge der französische Außenminister Robert Schuman die europäische Idee vor. Die europäischen Staaten sollten wirtschaftlich so stark zu einer Gemeinschaft im Dienste des Friedens verbunden werden, dass der Krieg zwischen ihnen nicht mehr möglich sein. Die Europäische Union hilft Konflikte zu vermeiden. dafür unterstützt sie in Not Gebiete und Länder mit finanziellen Mitteln.

Die EU Ländern vernetzen sich bei militärisch relevanten Gütern wie Kohle und Stahl. Dadurch sollte ein weiterer Krieg in Europa verhindert werden. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952 war der erste Schritt.



In Artikel 49 des EU-Vertrages ist festgelegt, dass grundsätzlich jeder europäische Staat, der die europäischen Grundwerte achtet, einen Antrag auf Beitritt zur EU stellen kann.

Allerdings muss jedes Land für den Beitritt zur EU viele strenge Kriterien erfüllen. Dazu gehören unter anderem eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Menschenrechte und die Achtung und der Schutz von Minderheiten.

Beitrittsverhandlungen dauern normalerweise jahrelang: Schritt für Schritt und oft in längeren Prozessen erfüllen die Beitrittsländer die geforderten Kriterien. Momentan haben Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei den Status von Beitrittskandidaten. fünf europäische Staaten zusammengeschlossen: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Spanien. Als so genannte "assoziierte Nationen" sind bislang auch Polen, Griechenland, Italien, Rumänien und die Türkei beteiligt. Das Ziel EU zu sein, Demokratie, politischer und wirtschaftlicher Stabilität und Sicherheit auf weitere Teile Europas auszudehnen.

Aktuelle Situation

Die EU unterstützt die Ukraine als ein souveränes Land nicht nur in ihrem Konflikt mit Russland, sondern auch darüber hinaus. Zwischen der EU und der Ukraine gibt es eine strategische Partnerschaft.

Die Konfliktregionen dieser Welt verteidigen direkt an die Außengrenzen der EU. Europa muss somit größere Verantwortung auch für seine eigene Sicherheit übernehmen. **Im September 2017 beschlossen 25 EU-Mitgliedstaaten, bei Sicherheits- und Verteidigungsfragen künftig noch enger zusammenarbeiten.** sogenannte "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit" (PESCO) europäische Verteidigungspolitik gegeben. Die EU Länder hat seit März 2014 Schrittweise einschränkende Maßnahmen gegen Russland verhängt weil die Russland der Ukraine Destabilisiert hat. Russland wurde aus dem G8-Prozess ausgeschlossen. Die EU leitete diplomatische Schritte und einschränkende Maßnahmen gegen Personen und Organisationen in Russland ein, wie das Einfrieren von Vermögenswerten und ein Reiseverbot.

Sanktionen der EU gegen Russland werden beibehalten, schwerer Waffen, den Austausch von Gefangenen und eine Überwachung sowohl des Waffenstillstands als auch der ukrainisch-russischen Grenze durch die OSZE vor.

Die Sanktionen haben natürlich auch einen Preis für die europäische Wirtschaft. Sanktionen sind jedoch ein starkes Instrument, wenn es darum geht, Aggressionen und der Verletzung internationalen Rechts zu begegnen.

Eigene Meinung

Ich fand es gut Europäische Union gegründet haben, die vereinigte Staaten zusammen wirtschaftlich so stark zu einer Gemeinschaft im Dienste des Friedens verbunden werden, dass der Krieg zwischen ihnen nicht mehr möglich sein und mit anderen Länder, die um Armut leben zu unterstützen. Entwicklungsprogrammen unterstützt die EU in rund 160 Partnerländern die Umsetzung dieser Ziele. Um die Wirkung der Entwicklungshilfe zu verbessern, soll sie sich auf ganz arme Länder konzentrieren. Handelspartner der Entwicklungsländer gewährt die EU ihnen zollfreien Zugang zum europäischen Markt.

Wichtigstes Ziel der EU-Entwicklungspolitik ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut". Dazu gehört, für Lebensmittel, sauberes Wasser und Schulen zu sorgen oder Seuchen zu bekämpfen. Weitere Ziele sind die Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie, die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und die Folgen von Klimawandel und Umweltproblemen anzugehen.